

AUTORITARISMUS UND SOZIALE ARBEIT | Rechts- extreme Einstellungen und der Kampf um die Legitimität von Hilfeansprüchen

Johanna Bach

Zusammenfassung | Der gesellschaftliche Rechtsruck stellt eine Gefahr für die Grundprinzipien Sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession und damit auch für ihre (potenziellen) Klientinnen und Klienten dar. Gleichzeitig gerieren sich rechte Akteur*innen und Parteien regelmäßig als Sprachrohr sozial schwacher Milieus – mit Erfolg: So kann die AfD einen erheblichen Teil ihrer Wähler*innenschaft aus den Gruppen der Arbeiter*innen sowie der Arbeitslosen rekrutieren. Wie ist dieser Erfolg zu erklären und was bedeutet er für die gesellschaftliche Rolle der Sozialen Arbeit?

Abstract | The social shift to the right is a threat to the basic principles of social work as a human rights profession and thus to its (potential) clients as well. At the same time, right-wing actors and parties regularly act as a voice of the socially disadvantaged – with success: the German far-right political party AfD is able to recruit a considerable part of its electorate from the groups of workers and the unemployed. How can this success be explained and what does it mean for the social role of social work?

Schlüsselwörter ► Autoritarismus
► Sozialdarwinismus ► Ausländerfeindlichkeit
► Soziale Arbeit ► Menschenrechte

Einleitung | Die Leipziger Autoritarismus-Studie aus dem Jahr 2018 zeigt eine hohe Verbreitung autoritärer Tendenzen und rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung (Decker et al. 2018b). Kern des untersuchten Autoritarismus, den die Autor*innen bei 40 Prozent der deutschen Bevölkerung vermuten, ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit menschlichen Lebens und die Befürwortung eines autoritären bis diktatorischen Regierungsstils (ebd., S. 152). Personen, die autoritäre Einstellungen vertreten, sind damit nicht nur anfällig für die Abwertung margina-

lisierter Gruppen, sie sind auch eher bereit, demokratische Mitbestimmungsrechte zugunsten einer autoritären Führungsfigur aufzugeben.

Der Autoritarismus stellt eine Gefahr für die Soziale Arbeit dar, widerspricht er doch den zentralen sozialarbeiterischen Werten der Vielfalt, des Einschlusses und der Gleichberechtigung. Gleichzeitig lässt sich jedoch feststellen, dass autoritaristische Tendenzen auch unter den Adressat*innen Sozialer Arbeit Anklang finden. Wie ist diese paradox anmutende Feststellung zu erklären und welche Auswirkungen hat der Rechtsruck auf den gesellschaftlichen Diskurs um die Legitimität von Hilfeansprüchen?

Um diese Fragen zu beantworten, ist es hilfreich, den Begriff des Autoritarismus zunächst etwas genauer zu beleuchten. Anschließend soll die gesellschaftliche Rolle Sozialer Arbeit, die mit der Bewältigung krisenhafter Lebenslagen von Adressat*innen betraut ist, skizziert werden. Auf dieser Grundlage wird schließlich der These nachgegangen, dass sich Teile der Klientel Sozialer Arbeit in einer spezifischen sozialen Position befinden, in der der Rückgriff auf gesamtgesellschaftlich verbreitete, regressive Bewältigungsmuster besonders attraktiv erscheinen kann; und dies, obwohl sie ihren eigenen Interessen eigentlich widersprechen müssten. Besonders auffällig ist dies bezüglich des Aspekts des Sozialdarwinismus, der häufig in Kombination mit ausländerfeindlichen Einstellungen auftritt.

Autoritarismus | Die Herausgeber*innen der Leipziger Autoritarismus-Studie (Decker et al. 2018b) stellen sich mit ihrem Autoritarismus-Begriff in die Tradition der Forschungen zum „autoritären Charakter“ des Frankfurter Instituts für Sozialforschung; insbesondere in die Tradition der Studie „The Authoritarian Personality“, die im amerikanischen Exil des Instituts entstand (Adorno et al. 1950). Sie unterscheiden eine individuelle und eine gesellschaftliche Seite des Autoritarismus. Auf individueller Ebene sprechen sie von dem „autoritären Syndrom“, auf gesellschaftlicher von „autoritärer Dynamik“, die durch Sozialisations- und Vergesellschaftungsprozesse die autoritären Dispositionen und Bedürfnisse der Individuen hervorbringt (Decker 2018, S. 50 f.). Demnach weist jede Gesellschaft eine spezifische autoritäre Dynamik auf. Diese bestimmt die grundlegenden Herrschaftsstruk-

turen in der Gesellschaft sowie die Anforderungen und normativen Erwartungen an die Subjekte, deren Zwänge und Freiheitsspielräume. Sie beeinflusst aber auch die Einstellungen, Bedürfnisse und Handlungsweisen derselben (Fromm 1972, S. 38). Autoritarismus meint dabei eine Herrschaftsform, die „einen eigenen Antrieb zur Unterwerfung“ und damit eine – zumindest teilweise – Identifikation mit der gesellschaftlichen Macht voraussetzt; ein Verhältnis, das durchaus von ambivalenten Gefühlen geprägt sein kann (Decker; Brähler 2018, S. 10).

Die für die moderne, säkularisierte Gesellschaft ausschlaggebende Autorität ist die Ökonomie – so die Autor*innen. Ihre Wirkmächtigkeit „wird immer dann erkennbar, wenn die ökonomische Regression eine psychische zur Folge hat“ (Decker 2018, S. 49). Wenn das Heilsversprechen des Kapitalismus sich im Hier und Jetzt als haltlos herausstellt, „erwacht die Sehnsucht nach dem primären Führer, der es gestattet, den Zwang der Selbstkontrolle abzuschütteln, ohne das Versprechen der kapitalistischen Ökonomie aufgeben zu müssen“ (ebd.). In einer solchen Krisensituation kann die Identifikation mit marktwirtschaftlichen Prämissen und Anforderungen in die Identifikation mit einer personellen Autorität umschlagen. Dieses als Autoritätssehnsucht bezeichnete Phänomen bedient ein narzisstisches Bedürfnis der Selbstaufwertung, kann sich an unterschiedliche Ideologien knüpfen und ist nicht per se einer politischen Richtung zuzuordnen (Lohl 2016, S. 147). Damit verbunden sind laut der Studie insbesondere drei Aspekte, die sich als „autoritäres Syndrom“ zusammenfassen lassen: autoritäre Aggressionen, autoritäre Unterwürfigkeit sowie der Konventionalismus (Decker 2018, S. 51). Diese autoritären Charakterzüge können schließlich zu rechtsextremen Einstellungen führen – zu denen Sozialdarwinismus und Ausländerfeindlichkeit gehören – respektive, sie aus ihrer Latenz auf die manifeste Ebene befördern. Dieser Prozess zeigt sich häufig zuerst in der Sprache, in einer Erweiterung des Sagarbeitsfeldes und der steigenden Akzeptanz diskriminierender Äußerungen.

Soziale Arbeit als Vermittlerin zwischen Individuum und Gesellschaft | Um einordnen zu können, was diese Entwicklungen für die Soziale Arbeit und ihre Adressat*innen bedeuten, ist es sinnvoll, sich zunächst die gesellschaftliche Rolle der Sozialen Arbeit zu vergegenwärtigen.

Eine grundlegende Wurzel Sozialer Arbeit liegt in den mit der Industrialisierung aufkommenden neuen Formen massenhafter Armut, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt ernsthaft bedrohten (Bommes; Scherr 1996, S. 93 ff.). So zwang dieser grundlegende Strukturwandel der Gesellschaft auch zu neuen Formen des Eingreifens in die Gesellschaft, um ihr Auseinanderbrechen zu verhindern. „Mit diesen ökonomischen und sozialen Veränderungsprozessen war die ‚soziale Frage‘, d.h. die Frage, wie der zunehmend verelendenden ‚Arbeiterklasse‘ zu helfen sei, geboren“ (Kuhlmann 2014, S. 32). Die industrielle Revolution brachte also nicht nur neue Freiheiten und technische Errungenschaften, sondern auch neues Leiden mit sich. Gleichzeitig etablierten sich jedoch auch neue gesellschaftliche Strukturen, deren Funktion es war, eben dieses Leiden abzufedern.

Die Soziale Arbeit wird seitdem immer dann aktiv, wenn das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft in eine Krise gerät oder zu geraten droht, wenn Individuen den Anforderungen der Gesellschaft nicht gerecht werden können, wenn sie aus dem Integrationsmechanismus herausfallen. Die Aufgabe der Sozialen Arbeit ist es dann, einen Ausgleich zwischen dem Individuellen und dem Allgemeinen zu schaffen und Exklusion zu vermeiden (Bommes; Scherr 1996). „Soziale Arbeit als intermediäre Instanz zwischen System und Lebenswelt, Vermittlung zwischen Individuum und Gesellschaft als zentrale Aufgabe – Soziale Arbeit ist hier mit widersprüchlichen Interessen und Erwartungen konfrontiert und muss hier immer wieder aufs Neue Balancen finden, die sowohl den individuellen Interessen der KlientInnen als auch den Anforderungen der Gesellschaft und dem Gemeinwohl Rechnung tragen“ (Hermann 2006, S. 31).

Die Schwierigkeiten der teils widerstreitenden Erwartungen an Soziale Arbeit werden insbesondere dann deutlich, wenn sich das Verhältnis der genannten Ebenen zueinander verändert, denen die Soziale Arbeit verpflichtet ist. Das bedeutet, wenn sich das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, von Besonderem und Allgemeinem verschiebt. Eine solche Verschiebung stellt der sogenannte Rechtsruck dar – mit spezifischen Auswirkungen auf die Soziale Arbeit. Denn Soziale Arbeit reagiert „nicht auf alle vorfindlichen individuellen Hilfsansprüche von Individuen oder Gruppen und/oder Zuschreibungen“ (Bommes; Scherr 1996, S. 96). Sie wendet sich jenen

Lebenslagen zu, die „von definitionsmächtigen Instanzen des politischen Systems [...] oder von Organisationen der Sozialen Arbeit selbst als solche sozialen Problemlagen beschrieben werden“ (ebd.). Was also als soziale Problemlage anerkannt und was als „illegitimer Anspruch“ davon unterschieden wird, ist Ergebnis politischer und professionsinterner Aushandlungsprozesse (ebd.).

Ändern sich nun das gesellschaftliche Klima und die politische Deutungshoheit, so ändert sich auch der Diskurs um die Legitimität und Illegitimität von Hilfsansprüchen. Gewinnen rechte Orientierungen, Akteur*innen und Parteien gesamtgesellschaftlich an Einfluss, die vermeintlich rassistisch oder ethnisch bedingte soziale Ungleichheit der Menschen betonen, die „nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen“ (Jaschke 2001, S. 30), gerät das Individuelle, das Vielfältige, vermeintlich Abweichende zunehmend unter Druck (ebd.). Hilfsansprüche von jenen, die nicht in dieses völkische Bild passen (geflüchtete Menschen, LGBTQ-Personen, Menschen mit Behinderung) laufen dann Gefahr, dass ihre Hilfsansprüche delegitimiert werden.

Sozialdarwinismus und Ausländerfeindlichkeit | Vor diesem Hintergrund möchte ich nun auf zwei Aspekte der Leipziger Autoritarismus-Studie genauer eingehen und deren Einfluss auf die Frage nach der Legitimität von Hilfsansprüchen nachvollziehen. Diese Aspekte sind Sozialdarwinismus, der Hilfsansprüche generell infrage stellt, und Ausländerfeindlichkeit. Diese wurden in der Studie mit der sogenannten „Sozialschmarotzer-These“ abgefragt. Durch eine Zustimmung zu dieser These wird die Legitimität von Hilfsansprüchen „Nicht-Deutscher“ bestritten.

Zur Dimension „Sozialdarwinismus“: „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“. Dieser Aussage stimmen 10 Prozent der Befragten offen und 13,8 Prozent der Befragten latent zu. Der Behauptung „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ stimmen 9,8 Prozent der Befragten offen und 21,6 Prozent latent zu (Decker et al. 2018a, S. 80). Beide Überzeugungen sind Kernelemente sozialdarwinistischen Denkens und als solche insbesondere bei Anhänger*innen der AfD (Partei Alternative für Deutschland), aber auch bei

Anhänger*innen der FDP weit verbreitet (ebd., S. 93). Diese Ideologie beansprucht, das „Recht des Stärkeren“ als gesellschaftliche Leitnorm zu etablieren, und stellt demnach Unterstützung für schwächere Gesellschaftsmitglieder grundsätzlich infrage.

Damit konterkariert eine sozialdarwinistische Ideologie die Legitimität sozialarbeiterischen Handelns grundlegend. In der sozialdarwinistischen Logik könnte sich Soziale Arbeit lediglich als Instanz sozialer Kontrolle und Normierung verstehen, nicht aber als Hilfeleistung für schwächere Gesellschaftsmitglieder, um Wege aus sozialer Ungleichheit und Machtlosigkeit zu finden. Große soziale Unterschiede sind aus der Perspektive Sozialer Arbeit, die sich als Menschenrechtsprofession und somit als Advokatin des individuellen Rechts jedes einzelnen Menschen auf ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben versteht, ein Problem (Staub-Bernasconi 2008). Wie die Ergebnisse der Autoritarismus-Studie zeigen, sind soziale Unterschiede im Sinne rechter Ideologie, in der Ungleichheit mit vermeintlicher Fremdheit, völkischen Homogenitätsidealen und einem unterstellten Mangel an Leistungsbereitschaft gerechtfertigt wird, jedoch keinesfalls problematisch (Decker et al. 2018a, S. 79).

Zur Dimension „Ausländerfeindlichkeit“: Diese wurde unter anderem anhand der Zustimmungswerte zu der Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ gemessen. Dieser Aussage stimmen 35,7 Prozent aller Befragten offen und 29,4 Prozent latent zu (ebd., S. 76). Diese hohen Werte zeigen ganz deutlich, welche zentrale Rolle die Delegitimierung von Hilfsansprüchen bestimmter Bevölkerungsgruppen im rechten Diskurs einnimmt. Die Forscher*innen bezeichnen diesen Aspekt als „Einstiegsdroge“ in den Rechtsextremismus (ebd., S. 77).

Die Frage, wem „auf Kosten der Gesellschaft“ legitimerweise Hilfe gebührt und wem nicht, impliziert nach *Bommes* und *Scherr* wie beschrieben auch die Frage, wer im gesellschaftlichen Diskurs als Adressat*in Sozialer Arbeit anerkannt wird und wer nicht (*Bommes*; *Scherr* 1996, S. 96). Je stärker sich der Diskurs an rechten und völkischen Ideologien orientiert, umso stärker rückt die Zugehörigkeit zu einer als homogen und geschlossen gedachten Eigengruppe diesbezüglich in den Fokus. Jenen als fremd markier-

ten Personen wird nicht nur die Zugehörigkeit zum eigenen Kollektiv versagt, ihnen wird gleichzeitig die Inanspruchnahme sozialer Sicherungssysteme und Hilfeleistungen untersagt. Für die Soziale Arbeit und ihre unterschiedlichen Handlungsfelder bedeutet dies im Umkehrschluss, dass sich ihre Betätigung auf „deutsche“ Personen beschränken soll, was darüber hinaus der völkischen Ideologie entspricht.

Vermeintliche Versprechungen des deutschen Sozialstaats und damit auch der Institutionen Sozialer Arbeit werden im rechten Diskurs geradezu als Hauptmotivation für verstärkte Migrationsbewegungen nach Deutschland benannt. Insbesondere die Flüchtlingshilfe ist diesen Angriffen ausgesetzt. Aber auch die Finanzierung anderer Projekte, die sich der Förderung von Diversität, Demokratie und Gleichberechtigung verschrieben haben, geraten zunehmend in Bedrängnis (Dieckmann 2018). Damit werden Hilfeleistungen – in ihrer derzeitigen Form – zum Feindbild erklärt und eine Abschottung nicht nur der europäischen Außengrenzen, sondern des deutschen Sozialstaates und damit auch der Sozialen Arbeit gefordert. So plädieren knapp 50 Prozent der befragten Westdeutschen und 57 Prozent der Ostdeutschen dafür, Grund- und Schutzrechte von vermeintlich Fremden einzuschränken. Diese geforderte Einschränkung orientiert sich dabei sowohl an ethnozentrischen und kulturalistischen Ressentiments, aber darüber hinaus auch an der Frage der Arbeitslosigkeit. So fordern 30 Prozent der Befragten, die Rechte von Menschen ohne Arbeit einzuschränken (Decker et al. 2018b, S. 117 f.).

Die „Ethnisierung des Sozialen“ | Wie kommt es, dass Hilfeansprüche immer wieder derart infrage gestellt werden? Ein sozialpsychologischer Erklärungsansatz versucht, dieses Phänomen unter anderem mit einem Versorgungsneid zu erklären. Dieser Ansatz orientiert sich an *Freuds* Ausführungen zum infantilen Geschwisterneid, der sich aus der Konkurrenz um die Zuneigung der Eltern speist (Ottomeyer 1998, S. 32 f.). Übertragen auf die Rolle der Sozialen Arbeit ließe sich folgende These aufstellen: In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und eines zunehmenden Konkurrenzdrucks auf dem Arbeitsmarkt durch Globalisierung, Digitalisierung und Technisierung geht die Abstiegsangst, die sich mittlerweile auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft festgesetzt hat, mit der Angst einher, selbst auf sozialstaatliche Sicherungssysteme angewiesen zu sein. Diese Angst impliziert auch die

Vorstellung, selbst zum oder zur Adressat*in Sozialer Arbeit zu werden. So paart sich diese Befürchtung mit dem Wunsch, die sozialstaatlichen und sozialarbeiterischen Zuwendungen im Zweifelsfall für sich alleine beanspruchen zu können und den Kreis derer, mit denen man diese zu teilen gezwungen wäre, so klein wie möglich zu halten.

Doch geht dieser Wunsch nach Begrenzung des Kreises der Hilfsbedürftigen nicht mit der Forderung nach einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft einher, die die Hilfsbedürftigkeit immer wieder produziert. Stattdessen findet die Begrenzung auf ideologischer Ebene statt und konkretisiert sich in der Forderung nach der vermehrten Delegitimierung von Hilfeansprüchen bestimmter Personen, wobei sich diese wiederum zunehmend an völkischen Paradigmen orientiert. Dieser sogenannte „Wohlfahrts-Chauvinismus“ fordert eine Umverteilung von außen nach innen statt von oben nach unten (Rydgren 2006). „Der Sozialstaat braucht Grenzen“, so bringt die AfD ihre Sozialpolitik auf den Punkt und erläutert: „Unser Sozialstaat kann nur erhalten werden, wenn die geforderte finanzielle Solidarität innerhalb einer klar definierten und begrenzten Gemeinschaft erbracht wird“ (AfD o.J.). Durch die so vollzogene „Ethnisierung des Sozialen“ können auch Menschen erreicht werden, deren Interessen mit dem Sozialdarwinismus rechter Ideologie eigentlich im Widerstreit stehen müssten (Grumke 2016, S. 144).

Der Sozialdarwinismus der „sozial Schwachen“ | Wie in der Autoritarismus-Studie gezeigt werden konnte, sind sozialdarwinistische Einstellungen vor allem bei AfD- und FDP-Wähler*innen weit verbreitet (Decker et al. 2018a, S. 93). Diese Beobachtung entspricht ebenfalls den sozialpolitischen Entwürfen beider Parteien. Denn die Forderung nach dem Abbau oder der Begrenzung sozialstaatlicher Fürsorge- und Unterstützungsmaßnahmen sind nicht nur Kernelemente klassisch neoliberaler Positionen, wie sie die FDP vertritt. Auch die AfD beansprucht diese für sich und entwirft ein Sozialprogramm, das radikale Einschnitte im Sozialstaat fordert – eine „neoliberale Politik in blauer Verpackung“ (Nocun 2016, S. 33).

Was jedoch überraschend erscheinen mag, ist die Tatsache, dass die AfD – im Gegensatz zur FDP – einen Großteil ihrer Wähler*innenschaft in sozial

schwachen Milieus findet. So wählten 41 Prozent der Arbeiter*innen ebenso wie 41 Prozent der Arbeitslosen bei der Landtagswahl 2019 in Sachsen die AfD, obwohl deren Sozialpolitik ihren objektiven Interessen durchaus widersprechen müsste (Bukow 2019, S. 12). Doch an dieser gemeinsamen Schnittmenge neoliberaler wie rechtspopulistischer Sozialpolitik zeigt sich auch der interne Zusammenhang zwischen den verschiedenen Mechanismen des autoritären Syndroms. Denn der Sozialdarwinismus gesellschaftlich schwacher Milieus erfüllt seinen psychodynamischen Effekt der Selbsterhöhung nur durch die Identifikation mit einem als homogen gedachten „deutschen Staatsvolk“ und dessen Aufwertung sowie dem Ausschluss und der Abwertung vermeintlich Fremder. Die leistungsunabhängige Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der „Deutschen“ scheint in diesem Fall das eigene Leid an dem gesellschaftlichen Leistungsprinzip zu kompensieren. Dass diese Ideologie in der Praxis keinesfalls zu einer verbesserten Situation der sozial schwächeren Milieus führt, zeigt nicht zuletzt das marktradikale Parteiprogramm der AfD (Kim 2018).

Bewältigung | Die Ideologie rechter Akteur*innen verortet die Ursachen sozialer Missstände jenseits der eigenen Gemeinschaft, indem sie unter anderem „den Flüchtlingen“ angelastet werden, statt über die sozioökonomischen Ursachen zu sprechen. Adornos Analyse rechter Rhetorik zeigt hier ihre ungebrochene Aktualität: Es geht rechten Parteien und Gruppierungen nicht darum, „durch rationales Aufstellen rationaler Ziele Anhänger zu gewinnen“. Vielmehr beruhen ihre propagandistischen Inhalte „auf psychologischer Berechnung“ (Adorno 1951, S. 34 f.). In diesem Sinne sollen Schuldzuweisungen einfach und komplexe Zusammenhänge weniger undurchsichtig erscheinen. Rechte Propaganda verspricht somit gerade den Ohnmächtigsten eine vermeintliche Erleichterung. Was diese Ideologie und ihre Fürsprecher*innen jedoch nicht leisten, ist eine Bearbeitung der für die sozialen Missstände tatsächlich ursächlichen gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse. Derart verkürzte Erklärungsmuster können jedoch an die weit verbreiteten, autoritären Dispositionen und repressiven Bewältigungsmuster anknüpfen, die Menschen insbesondere in kritischen Lebenslagen entwickeln können. Rechte Propaganda geriert sich damit als Sprachrohr prekariisierter sozialer Schichten, womit sie auch die Klientel Sozialer Arbeit explizit adressiert.

Diese gemeinsame Schnittmenge bezüglich des Kreises der Adressat*innen Sozialer Arbeit und rechter Akteur*innen ist kein Zufall, ruft man sich den Entstehungskontext und die Rolle Sozialer Arbeit als gesellschaftliche Akteurin in Erinnerung: Die gesellschaftlichen Krisen- und Exklusionserfahrungen, auf die Individuen mit regressiven Bewältigungsmechanismen des autoritären Syndroms reagieren, sind auch jene Momente, in denen Soziale Arbeit in das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft eingreift, um die realen Handlungsspielräume der Menschen zu erweitern und Wege zur Selbstermächtigung zu bereiten. Das autoritäre Syndrom dagegen ist ein ideologischer Bewältigungsmechanismus, mit dem Personen das eigene Scheitern und Leiden an den sozioökonomischen Anforderungen der Gesellschaft (unbewusst) auszugleichen suchen. Dieser Ausgleich wird von rechter Propaganda durch die Unterwerfung unter eine nationale Autorität prophezeit, die im Gegenzug eine Teilhabe an der Macht verspricht. Demzufolge können sich Mitglieder der Gesellschaft, die fürchten, den gesellschaftlichen Anforderungen nicht entsprechen zu können, zu einer „als allmächtig imaginierten Nation erheben und so Angst, Ohnmacht und Kränkungen bearbeiten“ (Lohl 2016, S. 147). Die Abwertung Anderer, von der Macht Ausgeschlossener, geht damit einher. Individuelle Problemlagen werden in dieser Ideologie nicht auf ihren strukturellen Ursprung hin befragt, sondern beispielsweise „den Ausländern“, „der Elite“, „den Juden“ angelastet. Das autoritäre Syndrom ist also eine regressive psychosoziale Bewältigungsstrategie krisenhafter Lebenslagen, während die Soziale Arbeit Autonomie, Selbstwirksamkeit und gesellschaftliche Teilhabe des Individuums zu stärken beansprucht. Im besten Fall kann sie darüber hinaus die strukturellen Ursachen in der öffentlichen Diskussion benennen und sich in den gesellschaftlichen Diskurs um die Legitimität von Hilfsansprüchen einmischen, um dessen weiterem Abdriften nach rechts ihre den Menschenrechten verpflichtete Perspektive entgegenzusetzen.

Johanna Bach (M.A. Soziologie) ist Lehrbeauftragte für Soziologie an der IUBH Internationale Hochschule GmbH, Campus Frankfurt am Main.
E-Mail: j.bach@iubh-dualesstudium.de

Dieser Beitrag wurde in einer Peer Review begutachtet und am 24.2.2020 zur Veröffentlichung angenommen.

Literatur

- Adorno**, Theodor W.; Frenkel-Brunswik, Else; Levinson, Daniel; Standford, Nevitt (eds.): *The Authoritarian Personality*. New York 1950
- Adorno**, Theodor W.: *Die Freudsche Theorie und die Struktur der faschistischen Propaganda*. In: *Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft*. Frankfurt am Main 1951, S. 34-66
- AfD** – Alternative für Deutschland: Sozialpolitik. In: <https://www.afd.de/sozialpolitik/> (veröffentlicht o.J., abgerufen am 10.2.2020)
- Bommes**, Michael; Scherr, Albert: Soziale Arbeit als Hilfe zur Exklusionsvermeidung, Inklusionsvermittlung und/oder Exklusionsverwaltung. In: Merten, Roland; Sommerfeld, Peter; Koditek, Thomas: *Sozialarbeitswissenschaft. Kontroversen und Perspektiven*. Neuwied u.a. 1996, S. 93-120
- Bukow**, Sebastian: Landtagswahl Sachsen 2019. Ergebnisse und Analysen. In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.): *böll.brief Demokratie & Gesellschaft*. Berlin 2019 (https://www.boell.de/sites/default/files/demokratie_gesellschaft_16_landtagswahl_sachsen_2019_korrigiert.pdf?dimension1=division_ppf; abgerufen am 10.2.2020)
- Decker**, Oliver: *Flucht ins Autoritäre*. In: Decker, Oliver; Brähler, Elmar (Hrsg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen 2018, S. 15-63
- Decker**, Oliver; Brähler, Elmar (Hrsg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen 2018
- Decker**, Oliver; Kiess, Johannes; Schuler, Julia; Handke, Barbara; Brähler, Elmar: *Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf*. In: Decker, Oliver; Brähler, Elmar (Hrsg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen 2018a, S. 65-115
- Decker**, Oliver; Schuler, Julia; Brähler, Elmar: *Das autoritäre Syndrom heute*. In: Decker, Oliver; Brähler, Elmar (Hrsg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen 2018b, S. 117-156
- Dieckmann**, Marcel: *Jugendsozialarbeit im Visier. Rechtspopulistische Angriffe und Einschüchterungsversuche*. In: Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz); Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hrsg.): *Berliner Zustände 2018. Ein Schattenbericht Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus*. Berlin 2019, S. 70-78 (<https://rechtsaussen.berlin/2018/12/jugendsozialarbeit-im-visier-rechtspopulistische-angriffe-und-einschuechterungsversuche/>; abgerufen am 10.2.2020)
- Fromm**, Erich: *Analytische Sozialpsychologie und Gesellschaftstheorie*. Frankfurt am Main 1972
- Grumke**, Thomas: „Sozialismus ist braun“. Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. In: Braun, Stephan; Geisler, Alexander; Gerster, Martin (Hrsg.): *Strategien der extremen Rechten*. Wiesbaden 2016, S. 141-160
- Hermann**, Franz: *Konfliktarbeit. Theorie und Methodik Sozialer Arbeit in Konflikten*. Wiesbaden 2006
- Jaschke**, Hans-Gerd: *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder*. Wiesbaden 2001

- Kim**, Juho: The radical market-oriented policies of the Alternative for Germany (AfD) and support from non-beneficiary groups. Discrepancies between the party's policies and its supporters. In: *Asian Journal of German and European Studies* 6/2018 (<https://link.springer.com/article/10.1186/s40856-018-0028-7>; abgerufen am 10.2.2020)
- Kuhlmann**, Carola: *Geschichte der Sozialen Arbeit I. Eine Einführung für soziale Berufe*. Schwalbach am Taunus 2014
- Lohl**, Jan: „Deutschen fordern: Juden raus“. Antisemitismus nach Auschwitz im Alltagsdiskurs der 1950er Jahre. In: Busch, Charlotte; Gehrlein, Martin; Uhlig, Tom David (Hrsg.): *Schiefheilungen. Zeitgenössische Betrachtungen über Antisemitismus*. Wiesbaden 2016, S. 131-153
- Nocun**, Katharina: Wie sozial ist die AfD wirklich? Eine Expertise zu Positionen in der AfD bei der Sozial- und Steuerpolitik. Weiterdenken-Heinrich Böll Stiftung Sachsen. Dresden 2016 (<https://www.boell.de/sites/default/files/2016-6-wie-sozial-ist-die-afd.pdf>; abgerufen am 10.2.2020)
- Ottomeyer**, Klaus: Theoretischer Rahmen und Ergebnisse der Studie. In: Menschik-Bendele, Jutta; Ottomeyer, Klaus (Hrsg.): *Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms*. Wiesbaden 1998, S. 13-41
- Rydgren**, Jens: *Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark*. In: Decker, Frank (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden 2006, S. 165-190
- Staub-Bernasconi**, Silvia: *Menschenrechte in ihrer Relevanz für die Soziale Arbeit als Theorie und Praxis, oder: Was haben Menschenrechte überhaupt in der Sozialen Arbeit zu suchen?* In: *Widersprüche* 1/2008, S. 9-13